

28.11.2023
181a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



„Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!“

Erklärung von Vertreterinnen und Vertretern der katholischen Kirche zur UN-Klimakonferenz in Dubai

Anlässlich der 28. UN-Klimakonferenz, die am 30. November 2023 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) beginnt, veröffentlichen der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Eva Maria Welskop-Deffaa, und der Vorsitzende der Deutschen Ordensobernkonzferenz (DOK), Bruder Andreas Murk OFMConv, folgende gemeinsame Erklärung:

Die diesjährige UN-Klimakonferenz in Dubai (COP28) findet in schweren Zeiten statt. Nicht nur Kriege und Konflikte erschweren die internationale Zusammenarbeit. Naturkatastrophen und Temperaturrekorde führen uns weltweit vor Augen, dass in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig getan wurde. Welche zusätzlichen Anstrengungen zum Schutz von Klima und Umwelt nötig wären, legen zahlreiche wissenschaftliche Studien dar. Die Dringlichkeit des Handelns bekräftigt auch Papst Franziskus durch sein Apostolisches Schreiben *Laudate Deum (LD)* und seine mögliche Teilnahme an der UN-Klimakonferenz. Wir müssen und können jetzt handeln, denn „niemand rettet sich allein“ (*LD 19*).

Dabei sind drei Themen von besonderer Wichtigkeit:

Ein erstes hat Papst Franziskus benannt, indem er die UN-Klimakonferenzen auffordert, „verbindliche Formen der Energiewende“ zu beschließen, „die drei Merkmale aufweisen sollten: dass sie effizient sind, dass sie verpflichtend sind und dass sie leicht überwacht werden können“ (*LD 59*). Diese Forderung des Papstes knüpft an die COP28 an, die dieses Jahr eine erste Bestandsaufnahme der weltweiten Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt vorlegen soll. Dieser „Global Stocktake“, wie er im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 festgehalten worden ist, muss endlich Konsequenzen nach sich ziehen. Bisher klafft bei der Emissionsreduktion eine große Lücke zwischen Zielsetzung und Umsetzung. Dabei sind wir alle in der Pflicht, die Schöpfung zu bewahren und unseren Planeten zu schützen. Die Natur darf nicht einfach als Mittel für unseren Wohlstand missbraucht werden. Letztlich sägen wir an dem Ast, auf dem wir

Herausgeberin
Dr. Beate Gilles
Generalsekretärin
der Deutschen Bischofskonferenz

Redaktion
Matthias Kopp (verantwortl.)
Pressesprecher

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 103 214
Fax: +49 (0) 228 103 254
E-Mail: pressestelle@dbk.de

dbk.de
facebook.com/dbk.de
twitter.com/dbk_online
youtube.com/c/DeutscheBischofskonferenz
instagram.com/bischofskonferenz

selbst sitzen, wenn wir Natur und Klima bedenkenlos zerstören. Damit alle Menschen jetzt und in Zukunft selbstbestimmt leben können, brauchen wir intakte Ökosysteme. Diese können allein in internationaler Zusammenarbeit und Solidarität erhalten und – wo nötig und möglich – wiederhergestellt werden. Dafür müssen wir endlich den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern wirksam angehen und die Beendigung ihrer Subventionierung verpflichtend beschließen.

Zweitens wurde auf der Klimakonferenz 2021 in Glasgow beschlossen, die finanziellen Mittel zur Anpassung an den Klimawandel bis 2025 gegenüber 2019 zu verdoppeln. Dies ist bisher nicht nur nicht umgesetzt worden, sondern die Industriestaaten bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Der jährliche Anpassungsbedarf der Entwicklungsländer wird laut dem *Adaptation Gap Report* von 2022 auf 160–340 Milliarden US-Dollar bis 2030 geschätzt. Die Anpassungskosten überfordern dabei bereits jetzt einige Länder. Klimagerechtigkeit bedeutet, im Sinne des Verursacherprinzips jene zu unterstützen, die selbst am wenigsten zum weltweiten CO₂-Anstieg beigetragen haben, aber am meisten unter den Folgen leiden. Hierzu gehören nicht nur die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, sondern auch der Fonds für klima- und umweltbedingte Schäden und Verluste („Loss and Damage“). Er wurde auf der COP27 in Scharm el-Scheich 2022 beschlossen, aber noch fehlt ihm jede Konkretisierung. Es muss unter Mitwirkung aller Akteure geklärt werden, wer in welchen Fällen mit Mitteln aus dem Fonds unterstützt wird und wer für dessen finanzielle Ausgestaltung verantwortlich ist.

Drittens hat der erste Klimagipfel auf dem afrikanischen Kontinent im September 2023 die Bedeutung gemeinsamen Handelns noch einmal untermauert. Der Schutz des Klimas kann nur gelingen, wenn alle Länder weltweit gleichberechtigt in ihren Kompetenzen anerkannt und in die Lage versetzt werden, ihren Teil beizutragen. In der Klima- und Energiepolitik haben afrikanische Länder ein großes Potenzial, zum Vorbild und zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt zu werden. Die wirtschaftlich starken Staaten dieser Erde müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Länder tatkräftig unterstützen, zum Beispiel durch die Ausweitung der „Just Energy Transition Partnerships“.

Alle Menschen guten Willens sind aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!